

# Jüdischer Verlag

## Leseprobe



Bauer, Yehuda  
**Freikauf von Juden?**

Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten  
von 1933 bis 1945

Aus dem Englischen von Klaus Binder und Jeremy Gaines.

© Jüdischer Verlag  
978-3-633-24201-6



Dieses Buch stellt sich einem schwierigen Thema: den Verhandlungen, die Repräsentanten der Juden mit Nazis führten, um gegen Güter und Geld die Freilassung von Juden aus den Händen der Nazis zu ermöglichen. Die Verhandlungen zwischen Nazis und Juden erschienen und erscheinen vielen Zeitgenossen und Historikern anstößig, die Motive der Beteiligten zweifelhaft, die Übermacht der deutschen Täter unüberwindlich. War ein Freikauf von Juden möglich? Wer handelte ihn aus? Was waren die Motive der Unterhändler, was wurde schließlich erreicht?

In seinem Buch geht der israelische Historiker Yehuda Bauer diesen Fragen nach. Er untersucht die Verhandlungen, die zwischen 1933 und 1945 geführt wurden, stellt die Beteiligten vor, öffnet bislang verschlossenes Archivmaterial und legt neue Quellen vor, wägt sie ab. Bauer bewertet vieles neu, und er sieht die Ereignisse von 1933 bis 1945 im Zusammenhang.

Hitler, so Bauers These, war nach 1933 zunächst entschlossen, mit allen Mitteln die Auswanderung aller Juden aus Deutschland zu fördern – auch wenn er deutsche wirtschaftliche Interessen geschädigt wußte. Doch setzten die anderen Länder der Einwanderung von Juden aus Deutschland Grenzen.

Bauer richtet sein Augenmerk auf die Verhandlungen, die zwischen 1942, dem Jahr, da die »Endlösung der Judenfrage« in die Tat umgesetzt wurde, und 1945 stattfanden, als Himmler die Option für einen Separatfrieden Deutschlands mit dem Westen offenlassen wollte. Er schildert die dramatischen Ereignisse der Verhandlungen wie der Verhandlungspläne.

Bauer zeichnet eindringlich die Charaktere der Beteiligten, ihre Beweggründe, die Kette der Ereignisse nach; er schildert Begleitumstände und Orte, an denen die Verhandlungen stattfanden: Bern, Stockholm, Istanbul.

# Yehuda Bauer

## Freikauf von Juden?

Verhandlungen zwischen  
dem nationalsozialistischen Deutschland  
und jüdischen Repräsentanten  
von 1933 bis 1945

Aus dem Englischen  
von Klaus Binder und  
Jeremy Gaines

Jüdischer Verlag  
Frankfurt am Main

Titel der Originalausgabe:  
Jews for Sale? Nazi-Jewish Negotiations, 1933-1945

Der Autor hat die Übersetzung autorisiert.

1. Auflage 2019

© 1994 by Yale University

© der deutschsprachigen Ausgabe

Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag

Frankfurt am Main 1996

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,  
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung  
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages  
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme  
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: IBV Satz- und Datentechnik GmbH, Berlin

Printed in Germany

Umschlag: hißmann, heilmann, hamburg

ISBN 978-3-633-24201-6

# Inhalt

Vorwort . . . . .	9
1 Befreiung durch Vermögenstransfer . . . . .	15
2 Das Scheitern eines letzten Rettungsversuchs . . . . .	52
3 Feinde mit einem gemeinsamen Interesse . . . . .	75
4 Der Weg zur »Endlösung« . . . . .	92
5 »Willy« . . . . .	103
6 Was geschah wirklich in der Slowakei? . . . . .	149
7 Himmlers Unentschlossenheit: 1942/43 . . . . .	166
8 Dogwoods Agentenringe . . . . .	193
9 Verkaufte Seelen – Ungarn 1944 . . . . .	231
10 Die Istanbul-Mission . . . . .	272
11 Von der Ambiguität des Bösen . . . . .	309
12 Verhandlungen in der Schweiz, Tragödie in Budapest . . . . .	349
13 Die letzten Monate . . . . .	376
Epilog . . . . .	395
Anmerkungen . . . . .	409
Bibliographie . . . . .	450
Namenverzeichnis . . . . .	457



## Dank

Dieses Buch ist das Ergebnis langwieriger Forschungen, die vom Institute of Jewish Affairs in London angeregt und unterstützt wurden. Die Hilfe und das Interesse von Steven Roth, der dies Institut leitete, haben mich in meiner jahrelangen Arbeit immer wieder ermutigt. Auch Roths Nachfolger, Michael May und später Antony Lerman, haben mir sehr geholfen, und ich bin dem Institut dankbar, daß ich von meinen formellen Verpflichtungen entlastet wurde. Danken möchte ich auch meiner so tüchtigen und geduldigen Lektorin Mary Pasti von Yale University Press.

Ich habe die Sammlungen der National Archives in Washington, D. C. benutzt und wurde dort mit außergewöhnlicher Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit von Robert Wolfe und, insbesondere, von John Taylor und anderen Mitarbeitern der Military Archives unterstützt. Auch der kürzlich verstorbene Martin Broszat hat mir am Institut für Zeitgeschichte in München sehr geholfen; dem Institut selbst bin ich für die mir geleistete freundliche Hilfe äußerst dankbar; danken möchte ich auch den Mitarbeitern des Bundesarchivs in Koblenz. Der vor kurzem verstorbene Györgi Ranki in Ungarn hat meine Aufmerksamkeit auf äußerst wertvolle Quellen gelenkt. Mein Dank gilt auch den Mitarbeitern des British Public Records Office in Kew, London, und des Schweizer Nationalarchivs in Bern.

Von den vielen Freunden, deren Hilfe für dieses Unternehmen wesentlich war, möchte ich vor allem Barry Rubin erwähnen. Die Zusammenarbeit mit ihm war sehr freundschaftlich und fruchtbar; gemeinsam entdeckten wir »Dogwood« (Alfred Schwarz) und konnten klären, welche Rolle er am Office of Strategic Services spielte. Dankbar bin ich auch Gila Fatran, deren Buch über die Slowakei, das auf ihrer Doktorarbeit basiert, mir bei der Vorbereitung meiner Studie sehr wichtig war. Shlomo Aronson, der weitgehend die gleichen Quellen untersucht hat, hat ähnliche, wenn auch nicht völlig identische Schlußfolgerungen gezogen, und wir arbeiteten harmonisch und freundschaftlich verbunden zusammen. Das gilt auch für



Richard Breitman, dessen Hinweise mir für die letzten Arbeiten am Manuskript unentbehrlich waren. Avraham Barkai hat einen Großteil der Materialien für das Kapitel über die *Haavara* zusammengestellt, dafür möchte ich ihm sehr danken. Dov Dinur hat über die Geschehnisse in Ungarn und Schweden gearbeitet, was mir sehr hilfreich war. Rachel Arzt und Miriam Levine waren die Spezialisten, die es mir als Computeralphabeten ermöglicht haben, doch einen Zugang zur Technologie des späten 20. Jahrhunderts zu gewinnen. Meine überlastete Sekretärin, Ilana Dana, trug ihr Schicksal mit Standhaftigkeit und besonderer Fürsorge für ihren unsteten Chef. Israel Gutman, der Freund und Vertraute, ertrug meine sich herausbildenden Theorien mit der Skepsis, die sie verdienten. Meine Töchter Darnit und Anat haben mir die nötige Seelenruhe gegeben, um dies Buch unter schwierigen Umständen schreiben zu können. Schließlich und in Liebe widme ich dies Buch Ilaniki.

#### Anmerkung zur Schreibweise der Namen

Viele Juden, die in Israel gelebt haben bzw. dort leben, haben ihren ursprünglichen Familiennamen in einen hebräisch klingenden Namen verändert. Ich habe in der Regel den Namen benutzt, mit dem der Leser eher vertraut sein wird oder der eher benutzt wird, wenn diese Menschen in dem Zusammenhang der hier beschriebenen Ereignisse erwähnt werden. Die anderen Namen stehen in Klammern.

## Vorwort

Juden haben versucht, andere Juden vor den Nationalsozialisten durch Verhandlungen mit ihren Verfolgern zu retten, und aus verschiedenen Gründen ist eine Handvoll Nationalsozialisten auf solche Gespräche eingegangen. Viele dieser Versuche sind gescheitert; manche führten zu sehr begrenzten Erfolgen. Aber sie lohnen wohl doch eine nähere Untersuchung, denn sie stellen uns vor eine ganze Reihe von historischen, philosophischen und moralischen Fragen.

Bis jetzt hat die Fachliteratur diese Kontakte, die vor und während des Krieges zustande kamen, nur von der jüdischen Seite aus betrachtet, und auch das geschah nicht sehr erschöpfend. Die Ziele der Juden sind verständlich: Vor dem Krieg wollten sie Juden bei der Auswanderung aus einem Land helfen, das von einem sie bedrohenden antisemitischen Regime regiert wurde. Während des Kriegs wollten sie Juden retten, indem sie ihnen entweder ermöglichten, aus dem nationalsozialistischen Machtbereich zu fliehen, oder sie im nationalsozialistischen Europa schützten oder die Mordmaschinerie durch massive Bestechungen sogar anhalten wollten. Entgegen der gängigen Meinung hatten die Juden vor 1939 in den Ländern des Westens keine politische Macht und überhaupt keinen nennenswerten Einfluß. Nach 1939 fehlten ihnen zudem noch Streitkräfte, eine Exilregierung, eine zentrale Führung und eine in Europa und anderswo in der freien Welt vereinte Gemeinde, und sie hatten keinen Einfluß auf die Entscheidungen in den Gremien der Alliierten. Darum blieb ihnen nichts anderes übrig, als zu bluffen, Lösegelder anzubieten, Nationalsozialisten zu bestechen und die Alliierten zu überzeugen und zu bitten, das Leben der Menschen unter nationalsozialistischer Herrschaft zu retten.

Aber bestand überhaupt eine realistische Chance, mehr Juden vor dem Holocaust zu retten? Die eigentliche Frage ist wohl: Worauf hätten die Nationalsozialisten sich eingelassen? Bis jetzt sind ihre Motive, und insbesondere die von Heinrich Himmler, dem Reichsführer SS, und seinen engsten Beratern, also der Führung genau der Organisation, deren Mitglieder die

meisten der Morde verübten, nicht ausreichend untersucht worden. Aber selbst wenn die Nationalsozialisten bereit gewesen wären, die den Juden gegenüber gemachten Versprechen schließlich auch einzulösen – hätten sich die Alliierten auf solche Angebote eingelassen?

Eine Untersuchung sowohl der anti-jüdischen Politik der Nationalsozialisten als auch der Reaktionen der Juden auf diese Politik muß mit der nationalsozialistischen Machtergreifung beginnen. Mit dieser hat die nationalsozialistische Politik der Ausweisung und Vertreibung begonnen, und wir müssen zunächst die Leitlinien dieser Politik und deren praktische Umsetzung näher beschreiben. Hauptziel der ersten Kapitel ist es daher, den Hintergrund der späteren nationalsozialistischen Politik des Massenmords während des Kriegs darzustellen und der Politik in all ihren Aspekten nachzugehen, die im zweiten Stadium weiterverfolgt wurde. Ferner muß analysiert werden, ob die Politik der Ausweisung, Abschiebung und sogar Auswanderung mit dem Einsetzen der Massenmorde 1941 völlig aufgegeben wurde oder ob die Nationalsozialisten unter bestimmten Umständen bereit gewesen wären, zu weniger grauenvollen Alternativen zurückzukehren. Wir müssen auch erwägen, ob die jüdischen Führungsgruppen überhaupt gesehen haben, daß die Nationalsozialisten möglicherweise auf solche Alternativen zurückgreifen würden. Und wir müssen fragen, ob sich dies angesichts der Ziele der Alliierten während des Kriegs auch hätte nutzen lassen.

Nach einer kurzen Analyse der Prozesse, die zu der Entscheidung führten, das jüdische Volk auszurotten, werden wir die Kontakte untersuchen, die jüdische Gruppen mit der SS aufbauten, d. h. mit Himmler selber. Gleichzeitig wird zu überprüfen sein, ob Himmler solche Verbindungen von seiner Seite aus förderte, und wenn ja, wann und zu welchem Zweck. Beide Fragen werden im Zusammenhang der internen Auseinandersetzungen zwischen dem Regime und seinen konservativen Gegnern in Deutschland zu stellen sein, die schließlich mit dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 versuchten, Hitler zu töten. Die Konservativen haben auf einen separaten Frieden mit den westlichen Alliierten hingearbeitet. Hat Himmler ähnliche Optionen erwogen, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt? Was

hat er unternommen, um sie zu verwirklichen, und unter welchen Bedingungen tat er dies? Versuchte er, jüdische Kontaktpersonen für solche Schritte zu nutzen? War er bereit, Juden aus seinem Machtbereich zu entlassen, wenn die Bedingungen aus der Sicht der SS dafür sprachen? Und hätten die Alliierten solche Flüchtlinge aufgenommen?

Diese ineinander verwobenen Fragen führen uns unausweichlich dazu, eine weitere, tiefergehende zu stellen: War die »Endlösung« das Ergebnis einer unabänderlichen, endgültigen Entscheidung der nationalsozialistischen Mörder? Und wenn Auswanderung und Ausweisung oder der Austausch von Juden *nach* 1941 auch nur im entferntesten vorstellbar gewesen wären – wie ließe sich das vor dem düsteren Hintergrund der fortgesetzten und erbarmungslosen Mordkampagne erklären? Kann man tatsächlich behaupten, daß es keinen immanenten Widerspruch gegeben hätte zwischen dem nationalsozialistischen Plan, die Juden alle und überall zu ermorden, und ihrer Bereitschaft, vorübergehend Kompromisse zu schließen, nämlich die Flucht einiger Juden aus ihrem Machtbereich zu erlauben, wenn es zum wirklichen Vorteil des Reichs geschah? Wenn die Nationalsozialisten die Erwartung hegten, unmittelbar oder mittelbar die ganze Welt zu beherrschen, könnte es dann nicht sein, daß sie die Flucht *einiger* Juden als tatsächlich vorübergehend betrachteten, weil sie die Flüchtlinge früher oder später doch einholen würden? Welchen Aufschluß könnten uns Antworten auf diese Fragen über die Psychologie der Nationalsozialisten geben? Kann eine solche Untersuchung unser Verständnis dessen, was einige von uns das radikal Böse nennen, beeinflussen?

Diese und andere Fragen werden im einzelnen besprochen werden. Der Holocaust war Wendepunkt in der Menschengeschichte. Versuche, Menschen vor dem Holocaust zu retten, waren Nebenepisoden, haben aber dennoch sehr weitreichende Implikationen. Die Darstellung hier könnte vielleicht etwas Licht auf menschliche Motive werfen, wird uns auf Fragen der persönlichen und der öffentlichen Ethik führen, mit denen wir uns in den Generationen nach dem Holocaust auseinandersetzen müssen.

Die Kontroversen, die in Israel über das Verhalten der jüdi-

schen Führungsgruppen während des Holocaust entbrannten, haben für die politische Entwicklung des Landes und das geistige Leben dort eine entscheidende Rolle gespielt. 1954 hat in Tel Aviv ein Prozeß stattgefunden. Reszö (Israel) Kasztner, der Mann, der 1944 in Ungarn mit den Nationalsozialisten über die Freilassung von Juden verhandelt hatte, warf Malkiel Grünwald, einem ungarischen Juden – der kein Überlebender des Holocaust war – vor (genauer: der Staatsanwalt erhob diesen Vorwurf im Namen eines zögernden Kasztner), ihn mit der Behauptung verunglimpft zu haben, Kasztner sei korrupt, ein Verräter der jüdischen Sache. Schmuël Tamir, Grünwalds brillanter, politisch rechtsgerichteter Verteidiger, drehte den Spieß um. Und nun mußte Kasztner sich gegen Vorwürfe verteidigen, die nicht nur ihn, sondern auch die Jewish Agency for Palestine betrafen, die zentrale Organisation der Zionisten. Die meisten Mitglieder ihrer Exekutive hatten während des Kriegs in Palästina gelebt und bildeten nach dem Krieg die politische Führung der Juden in Palästina. Die Jewish Agency und nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948 die Regierungen des Staates Israel wurden von linksliberalen Koalitionen getragen. Ihnen galt Tamirs Angriff. Er warf den regierenden Parteien und vor allem der Linken vor, die Juden verraten und mit den Deutschen kollaboriert zu haben. In Andeutungen sprach er davon, daß sie sich vor der Unabhängigkeit derselben Kollaboration mit den Engländern in Palästina schuldig gemacht hatte. Beide Vorwürfe verknüpfte er miteinander. Dies war der Anfang vom Ende der linksliberalen Regierungen in Israel. Kasztner wurde 1957 von Rechtsextremisten ermordet, nachdem ein schwacher Richter ein Urteil verkündet hatte, das Grünwald in den meisten Punkten der Anklage freisprach, was faktisch einem Schuldspruch Kasztners gleichkam. Ein Jahr später wurde das Urteil vom Obersten Gerichtshof aufgehoben, mit einem Beschluß, der die meisten, aber nicht alle Handlungen Kasztners rechtfertigte. Doch die Öffentlichkeit folgte dem nicht, und die Wende von 1977 hin zu der rechtsgerichteten Likud-Partei hat zu einem gewissen Grad mit diesem Urteil zu tun. Es war dies ebenso ein moralisches wie ein politisches Urteil. Die Frage blieb offen, und dies ist in der jüdischen und insbesondere in der israelischen Gesellschaft noch immer ein empfindli-

cher Punkt, ob es zu rechtfertigen sei, daß Kasztner mit den Nationalsozialisten verhandelt hat: Was waren die moralischen und politischen Implikationen solcher Verhandlungen? Natürlich sind die Fragen nach den Intentionen der Nationalsozialisten in diesen Versuchen einer Kontaktaufnahme – und sie sind Gegenstand unserer Untersuchung – qualitativ andere als die von den Vorwürfen und Gegenvorwürfen von 1954/55 hervorgerufenen.

Schließlich weicht dieses Buch auf eine vielleicht nicht unwesentliche Art vom Kanon der Geschichtsschreibung ab. Es handelt vom »Hätte-sein-können«, von historischen Möglichkeiten und Entwicklungen, die dann entweder keine Früchte trugen oder abgeschnitten wurden, obwohl man deren Spuren, so glaube ich, im vorhandenen Quellenmaterial nachweisen kann. Ein solcher Umgang mit der historischen Materie basiert auf einer Ablehnung des Geschichtsdeterminismus; einer seiner geläufigsten, wenn auch nicht immer zugestandenen Trugschlüsse ist, daß etwas, weil es geschah, auch geschehen mußte. Aber die Länder des Westens hätten Hitler möglicherweise stoppen können, wenn sie Mitte oder Ende der dreißiger Jahre ein Bündnis, und sei es eines auf Zeit, mit der Sowjetunion eingegangen wären; möglicherweise sogar dann, wenn sie alleine gehandelt hätten. Das nationalsozialistische Deutschland hätte den Krieg vielleicht gewinnen können, wenn es den Angriff auf die Sowjetunion zurückgestellt und statt dessen den Mittelmeerraum und den Nahen Osten erobert hätte. Vielleicht hätte es den Krieg auch ohne das gewonnen, wenn es in den eroberten Territorien der Sowjetunion nur eine andere Politik verfolgt und sich 1942 auf die Eroberung Moskaus konzentriert hätte. Vielleicht hätte Deutschland seiner Niederlage entgehen können, wenn es die Versuche, einen Düsenjäger zu entwickeln, vorangetrieben hätte, den die Luftwaffe dann Anfang 1945 in Dienst stellen konnte. Und so weiter. Die Kunst des Historikers – und Geschichtsschreibung ist wohl kaum eine Wissenschaft – besteht nicht nur darin, die Ereignisse zu beschreiben und ihre Ursachen darzulegen, sondern auch darin, die Ursprünge von Prozessen aufzudecken, die, realistisch betrachtet, hätten stattfinden können, aber dann doch nicht stattfanden. Das heißt, die Geschichtsschreibung behandelt auch Kausalket-

ten, die nicht die Hauptrichtung der tatsächlichen Entwicklung bestimmten, und erklärt dann, warum es nicht dazu kam. Vielleicht sollten Historiker dies nicht tun, aber die meisten tun es dennoch. Und wenn ich es mit diesem Buch tue, dann zumindest bewußt.

Das also ist meine Absicht: Ich möchte mit diesem Buch den Anfang von Entwicklungen nachzeichnen, die möglicherweise zu Ereignissen geführt hätten, die anders, vielleicht auch nur wenig anders gewesen wären als jene, die dann tatsächlich eintraten.

## Befreiung durch Vermögenstransfer

Viele Menschen, Juden und Nicht-Juden gleichermaßen, hatten die Gefahr erkannt, und doch erlebten die meisten Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten wie einen Schock: Am 30. Januar 1933 bat Paul von Hindenburg, der senile Reichspräsident, Adolf Hitler, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Entgegen der nach 1945 allgemein vertretenen Auffassung ist Hitler nicht durch einen Wahlsieg an die Macht gelangt. Fast das Gegenteil ist der Fall: Im November 1932, bei den letzten freien Wahlen, hatte die NSDAP 34 Sitze im Reichstag verloren, das bedeutet etwa zwei Millionen Wählerstimmen, und ihr Stimmenanteil war damit von 37,3 Prozent auf 33,1 Prozent gefallen. Die NSDAP blieb allerdings die stärkste Fraktion im Reichstag mit seinen insgesamt 584 Sitzen. Die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten fiel von 133 auf 121, die der Kommunisten dagegen stieg von 89 auf 100. Die Nationalsozialisten waren geschwächt; der Regierung, hinter der Teile des Militärs standen, war es nicht gelungen, die Verhältnisse zu stabilisieren; die Kommunisten drohten stärker zu werden: Das waren die Gründe, aus denen viele Konservative und Anhänger der nationalliberalen Rechten einer eher autokratischen Lösung der Probleme Deutschlands zuneigten. Sie drängten Hindenburg, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, weil sie nicht glaubten, daß dieser ihnen gefährlich werden könnte. Doch wie wir heute wissen, hatten die Nationalsozialisten bereits im Sommer 1933 alle Parteien und Gewerkschaften aufgelöst, nur einige altgediente Konservative, die sich nicht allzu sehr mit ihren ehemaligen Rechts-Parteien identifizierten, beließen sie auf ihren alten Posten: Baron Konstantin von Neurath blieb Außenminister und Lutz Schwerin von Krosigk behielt das Amt des Finanzministers.

Die anti-jüdische Politik der NSDAP zeichnete sich nur in Umrissen ab: Das Gründungsprogramm der Partei von 1920 versprach, den Juden die Bürgerrechte abzuerkennen und alle jüdischen Einwanderer, die nach 1914 nach Deutschland ge-



kommen waren, wieder des Landes zu verweisen. Das Programm drohte großen jüdischen Geschäften. Juden, die im Pressewesen tätig waren, aber auch die Eigentümer von Zeitungen und Verlagen, sollten Stellung und Einfluß verlieren. Ganz allgemein wurde der »jüdische Materialismus« angeprangert. In dem Maß, in dem sich die neue Verwaltung etablierte, kam noch ein weiteres Ziel zum Vorschein: Man wollte auf schnellstem Weg so viele Juden wie möglich loswerden, am besten durch Auswanderung.

Schon im September 1933 waren die Juden aus Regierungsämtern oder der Regierung nachgeordneten Behörden entfernt worden, mit Ausnahme von einigen wenigen Kriegsveteranen. Am 1. April fand ein eintägiger Boykott jüdischer Geschäfte und Unternehmen statt. Viele Juden wurden verhaftet und in provisorischen Verhörzentren gefoltert, die größtenteils von der SA, der Sturmabteilung der Partei, eingerichtet worden waren. Die meisten von ihnen wurden nicht als Juden verhaftet, sondern als Regimegegner, doch wurden die Juden im allgemeinen schlechter behandelt als Nicht-Juden. Die früheren demokratischen Parteien begannen zu zerfallen; die Kirchen schwiegen, und die Nationalsozialisten versuchten, die Mehrheit der Protestanten über die nationalkirchliche Bewegung Deutsche Christen für sich zu gewinnen. Die Opposition innerhalb der deutschen protestantischen Kirche formierte sich erst allmählich, und die Bekennende Kirche konstituierte sich. In ihrer großen Mehrheit lehnten die Geistlichen, die sich zur Bekennenden Kirche zusammenschlossen, das Regime aus rein theologischen Gründen ab, womit sie Gefahr liefen, das antisemitische Programm der Nationalsozialisten stillschweigend zu akzeptieren. Die meisten Deutschen gerieten in den Bann des Nationalsozialismus, und sie befürworteten – so sieht es die Mehrheit der Forscher heute – die Elemente des nationalsozialistischen Antisemitismus, die man im nachhinein als eher »gemäßigt« erachten könnte: Aberkennung der Bürgerrechte, Ausschaltung aus dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben Deutschlands, Enteignung und Zwangsausweisung.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu sehen, daß das Regime der Nationalsozialisten als Polykratie der Ressorts funktionierte, die teilweise, mitunter auch weitgehend autonom

waren und sich untereinander ständig befehdeten. Für Einheitlichkeit in Fragen zentraler Bedeutung sorgten die Interventionen des Führers, der die politische Linie festlegte und im Fall von Streitigkeiten das letzte Wort hatte. Die Auffassung, Hitler sei ein schwacher Diktator gewesen, läßt sich kaum noch halten.<sup>1</sup>

In Deutschland lebten etwa eine halbe Million Juden, weniger als ein Prozent der Bevölkerung. Hiervon waren ungefähr zwanzig Prozent Einwanderer, die seit 1900 aus Osteuropa nach Deutschland gekommen waren. Die meisten deutschen Juden waren in religiösen Dingen liberal. Der streng orthodoxen Minderheit gehörten etwa zehn Prozent der Juden in Deutschland an. Wenn es im 19. Jahrhundert noch eine starke Tendenz gab, zum christlichen Glauben zu konvertieren, dann war diese im 20. Jahrhundert wieder abgeebbt. Doch gab es eine wachsende Zahl von Mischehen und auch deutliche Anzeichen für ein Überaltern und Aussterben der Gemeinden. Die Zionistische Bewegung konnte nur eine kleine Minderheit der Juden für sich gewinnen, ungefähr zehn Prozent von ihnen. Fast alle Juden in Deutschland waren überzeugte deutsche Patrioten, selbst Orthodoxe und Zionisten. Mit Ausnahme der letzteren glaubten sie alle an eine deutsch-jüdische Symbiose, an vollständige kulturelle Assimilation, nach der sich Juden und andere Deutsche lediglich in ihrem Glauben unterscheiden würden. Die meisten deutschen Juden beharrten jedoch auf ihrer Zugehörigkeit zu einer eigenständigen religiösen Gemeinde. Sie unterhielten Beziehungen zu anderen jüdischen Zentren, hauptsächlich des Westens, was in gewissem Widerspruch zu ihren sonstigen Überzeugungen stand. Die Deutschen dagegen, und zwar fast ausnahmslos, betrachteten die Juden als Nicht-Deutsche; als deutsch galten sie nur im formellen Sinn der gleichen Staatsangehörigkeit. Viele Deutsche, auch die liberalsten, waren der Ansicht, daß eine völlige Eingliederung der Juden in die deutsche Gesellschaft nur möglich sei, wenn diese sich von ihrem Judentum völlig abwendeten.<sup>2</sup> Es war eine einseitige Liebe, und einseitige Liebesgeschichten nehmen selten ein gutes Ende.

Die deutschen Zionisten waren eine wichtige Gruppe in der internationalen zionistischen Bewegung, deren Zentrum sich nach dem Ersten Weltkrieg und der Balfour-Deklaration von

1917, mit welcher die Briten den Juden die Errichtung einer »jüdischen nationalen Heimstätte« in Palästina versprochen hatten, von Deutschland nach Großbritannien verlagert hatte. Im Jahr 1929 hatte sich die Zionistische Weltorganisation mit der Jewish Agency for Palestine ein Exekutivorgan geschaffen, in dem theoretisch zur Hälfte auch nicht-zionistische Juden vertreten sein sollten, das tatsächlich aber fast ausschließlich von Zionisten bestimmt wurde. Auch Nicht-Zionisten, in der Hauptsache das American Jewish Committee und ähnliche Vereinigungen in den USA, die Anglo-Jewish Association in Großbritannien und einflußreiche Gruppen wohlhabender Juden aus Frankreich, Deutschland und anderen Ländern, unterstützten den Aufbau Palästinas als Zufluchtstätte für solche Juden, die nirgendwo sonst hätten hingehen können, scheuten jedoch vor dem politischen Ziel des Zionismus, der Schaffung einer politischen Einheit der Juden – eines Staates oder eines Commonwealth in Palästina – zurück. Zionisten und Nicht-Zionisten, welche die Ansiedlung von Juden in Palästina auf diese oder jene Weise förderten, waren sich uneins. Es gab aber auch, in den westlichen Ländern und in Deutschland, bedeutende jüdische Gruppen, die den Zionismus völlig ablehnten: Die einen hielten an der Vorstellung der vollständigen Assimilation fest; am entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums standen ultra-orthodoxe Juden, wozu die meisten Mitglieder der Orthodoxen Jüdischen Gemeinde in Deutschland zählten.

Eine zentrale Organisation deutscher Juden hat es nicht gegeben. Liberale und Reformgemeinden entwickelten sich in den verschiedenen deutschen Ländern unabhängig voneinander, die orthodoxen Gemeinden hielten sich abseits. Der »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, im Prinzip eine Vereinigung liberaler Juden, in der jedoch auch Zionisten vertreten waren, war 1893 gegründet worden, um dem Antisemitismus entgegenzutreten, was der Verein auch mutig und unbeirrbar tat. Er unterstützte deutsche Politiker und Intellektuelle, die sich gegen den Antisemitismus stellten, finanziell und moralisch; bekämpfte den Antisemitismus, wo immer er sich zeigte, mit allen juristischen Mitteln; organisierte sogar einen geheimen Informationsdienst und unterstützte jüdische Straßenkämpfer, die dem Reichsbanner, der sozialdemokratischen Miliz, ange-

hörten. Er scheiterte natürlich, wie alle jüdischen Versuche zur Bekämpfung des Antisemitismus scheitern mußten, die nicht die Mehrheit der Gesamtbevölkerung hinter sich hatten.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus bestätigte die deutschen Zionisten in ihrer pessimistischen Sicht der nicht-jüdischen Gesellschaft. Niemand konnte den Holocaust vorhersehen. Und wenn der zionistische Traum einer breiten Auswanderung nach Palästina bis 1933 kaum praktische Folgen hatte und nur wenige Juden tatsächlich auswanderten, so kamen nach 1933 doch immer mehr Juden zu der Einsicht, daß es in Deutschland mit der Judenemanzipation endgültig vorbei war und den Juden darum wohl nur die Auswanderung blieb. Wenn dies nur einigermaßen lange möglich blieb, so hoffte man, dann könnte es der Zionistischen Organisation gelingen, den Hauptstrom der Auswanderer nach Palästina zu lenken. Noch immer aber sahen die meisten liberalen Juden den Nationalsozialismus als vorübergehendes Phänomen und dachten, daß nur diejenigen emigrieren mußten, denen es verwehrt war, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, oder die von den Nationalsozialisten wegen ihrer politischen Einstellungen bedroht wurden. Diese Haltung änderte sich; ganz deutlich nach 1935.

Welche Möglichkeiten blieben den Juden, um auf die, wie es schien, dunkelsten und rückschrittlichsten Kräfte der europäischen Gesellschaft und Zivilisation zu reagieren? Schließlich zählten die meisten Juden zum liberalen Teil der deutschen Gesellschaft; sie setzten ihre Hoffnung auf den Fortschritt und eine allmähliche Befreiung von restriktiven nationalistischen und antisemitischen Ideologien. Ihre Sicht des Nationalsozialismus als reaktionäre Kraft ließ dessen moderne Züge außer acht, was wir im Rückblick deutlicher erkennen können.<sup>3</sup> Die Juden außerhalb Deutschlands teilten entweder die Auffassungen der liberalen deutschen Juden oder ihrer zionistischen Protagonisten.

Unter der neuen bedrohlichen Diktatur, die sich über die Ziele ihrer »Judenpolitik« selbst noch nicht im klaren war, fanden die deutschen Juden keine Verbündeten. Sie bildeten nur eine verschwindende Minderheit in der Gesamtbevölkerung und konnten von direktem oder überhaupt aktivem Widerstand noch nicht einmal träumen. Das »Weltjudentum« war eine Aus-

geburt der antisemitischen Einbildungskraft; tatsächlich waren die Juden sowohl politisch als auch religiös gespalten. Als Patrioten fühlten sie sich an ihre jeweiligen Gastländer gebunden. Nicht-zionistische, auch anti-zionistische Juden außerhalb Deutschlands waren bereit, die Rechte der deutschen Juden in Deutschland zu verteidigen; zum Teil auch, um einen großen Zustrom von Juden in ihre Länder und so ein Entstehen von Antisemitismus dort zu verhindern. Die Zionisten in Palästina befürchteten eine gewaltsame Vertreibung und wollten, im Interesse des Aufbaus von Palästina, einen langsamen, geordneten Exodus. Für beide, besonders aber für die Zionisten, war klar, was zu tun war: Man mußte mit den Nationalsozialisten verhandeln. Schließlich wollten diese die Juden loswerden. Und die Zionisten wiederum hätten sie gerne nach und nach in Palästina aufgenommen – als Siedler mit Besitz, nicht als verarmte Flüchtlinge. Beide Seiten mußten, aus gegensätzlichen Gründen, den Kontakt suchen, so wie es nur wahre Freunde und wirkliche Feinde tun. Die Folge waren Verhandlungen über einen geordneten Auszug der Juden, die über Vermögen verfügten, aus Deutschland.

Vor welchem Hintergrund formierte sich nun die Politik der Zionisten im Jahr 1933?

Die Weltwirtschaftskrise, die den Aufstieg der Nationalsozialisten ausgelöst hat, schuf für die zionistische Bewegung eine neue Lage. Vor allem zwei Entwicklungen machten sich bemerkbar. Zum einen konnten, aufgrund des ökonomisch motivierten Antisemitismus und allgemeiner Verarmung, die großen Massen besitzloser Juden nicht länger in Osteuropa bleiben, besonders nicht in Polen und Rumänien. Andererseits hatte die Krise, vor allem in den Vereinigten Staaten, die freiwilligen Beiträge zu den Finanzen der zionistischen Organisationen dramatisch sinken lassen. Zu Beginn der dreißiger Jahre zeigte sich die britische Verwaltung in Palästina gewillt, einen größeren Zustrom von jüdischen Einwanderern zu gestatten, allerdings unter der Voraussetzung, daß Arbeitsplätze für sie gefunden werden konnten. Um Arbeitsplätze zu schaffen, waren Investitionen nötig. Das entsprechende Kapital aber fehlte. Seit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland war allerdings davon auszugehen, daß sich wohlhabende deutsche Juden, ob-